

Fadegrad

KiÖR



VON
ROLAND SCHECK

KiÖR sind die vier Buchstaben, die jedem SVP-Gemeinderat kalten Schweiss auf die Stirn treiben und den Blutdruck hochschnellen lassen. KiÖR ist in der Stadtverwaltung die Kurzbezeichnung für «Kunst im öffentlichen Raum». Aus Sicht des Normalbürgers ist KiÖR Steuergeldverschwendung. Für den rot-grünen Stadtrat hingegen ist es ein Tumfeld, wo alle Hemmungen fallengelassen werden. Volksnähe? Lernkurve? Sorgfältiger Umgang mit Steuergeldern? Fehlanzeige! Die «goldige Schiissi» und die Y-Schaukel lassen grüssen. Und wer dachte, dass mit dem Hafenkran der endgültige Tiefpunkt erreicht sei, hat sich getäuscht.

Trotz desolater Finanzlage unterzieht der Stadtrat die Toleranzgrenze der Bevölkerung einem weiteren Test. «Den Klang der VBZ-Depots nach aussen tragen» heisst das Projekt und soll den Steuerzahler 249'000 Franken kosten. Auf den Dächern der Tramdepots Wollishofen, Irchel und Kalkbreite sollen Hörner installiert werden, welche «die im Innern der Depots aufzeichneten und verdichteten Geräusche in einer Art Wechselfesang hinausstrahlen». Mit etwas weniger abgehobenen Worten bedeutet dies, dass die Zürcher Bevölkerung mit Werkstattlärm beschallt werden soll. «Es handelt sich definitiv um Kunst», ist man im Hochbaudepartement überzeugt. Und der Ausdruck Lärm passt auch nicht ins schöngeistige Vokabular. Es sei kein Lärm, meinen die musischen Beamten: «Anstatt zu einer permanenten Lärmelastigung zu werden, initiiert dieses Projekt eine urbane Plastik».

Proschnt Nägeli! Die optische Belästigung der Bevölkerung mit dem Hafenkran war gestern. Jetzt ist akustische Belästigung angesagt. Auf die rostige Hochsee-Infrastruktur folgt Werkstattlärm. Lärm soll das gemeine Volk erfreuen.

Übrigens handelt es sich hierbei um dieselbe Stadtregierung, welche die Lärmschutzverordnung in unlauterer Art und Weise fehlerinterpretiert und daraus ableitet, dass in der Stadt Zürich flächendeckend Tempo 30 einzuführen sei. Die Lärmgrenzwerte seien überschritten, klagt der Stadtrat. Schuld sind wie immer die Autofahrer. Schlechte Menschen machen schlechten Lärm. Der gesundheitsschädigende intermittierende Lärm des ÖV hingegen ist kein Thema. Die ÖV-Fahrer sind die guten Menschen und dementsprechend ist der ÖV-Lärm auch ein guter Lärm. Und so darfs auch nicht verwundern, dass der rot-grüne Stadtrat die Beschallung der Bevölkerung mit Lärm aus der ÖV-Werkstatt gar zur Kunst erklärt.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Erneuerung des bestehenden Kongresshauses mit Tonhalle – eine pragmatische Lösung

Sie erinnern sich sicher noch: An der Gemeindeabstimmung vom 1. Juni 2008 haben die Stimmberechtigten den Erwerb eines Grundstücks abgelehnt, der die Realisierung des Neubauprojekts von Architekt Moneo für ein Kongresszentrum am Standort des bisherigen Kongresshauses ermöglicht hätte. Nun ist eine Modernisierung vorgesehen.



MARGRIT HALLER
GEMEINDERÄTIN SVP
ZÜRICH 9

Die Eigentümerin des heutigen Kongresshauses (Land und Gebäude) ist die Kongresshaus-Stiftung. Sie und der Stadtrat sind sich nach diversen Abklärungen einig, dass der Gebäudekomplex am See bestehen bleibt, und dass nach den bislang aufgeschobenen Sanierungsarbeiten, die ca. 100 Millionen Franken verschlungen hätten, jetzt eine umfassende Instandsetzung unumgänglich ist.

Sowohl das Kongresshaus als auch die Tonhalle befinden sich im Inventar der überkommunalen Schutzobjekte der kantonalen Denkmalpflege und können daher nicht ohne weiteres zurückgebaut oder in ihrer Grundsubstanz verändert werden.

Beide Gebäudeteile sind architektonische Zeitzeugen, und der Grosse

Saal der Tonhalle verfügt über herausragende Akustik-Qualitäten.

Mehrwert für die Bevölkerung

Die Stadt ist weder am Betrieb des Kongresshauses noch der Tonhalle direkt beteiligt. Sie richtet der Tonhalle-Gesellschaft jedoch jährlich Betriebsbeiträge aus.

Die Kongresshausstiftung konnte in den letzten Jahren dank der guten Erträge der Betriebsgesellschaft den laufenden Unterhalt und kleinere Sanierungen aus eigenen Mitteln bestreiten. Für grössere bauliche Investitionen sind sie auf andere finanzielle Mittel angewiesen.

Für eine Bauprojektstudie hat die Kongresshausstiftung bereits seitens der Stadt ein verzinsliches Darlehen von 4 Millionen Franken erhalten. Mit der vorliegenden Weisung soll dieses Darlehen um ein unverzinsliches Darlehen von 11,5 Millionen Franken aufgestockt werden, um nach Abschluss des Vorprojekts die nahtlose

Weiterführung der Gesamtprojektierung Tonhalle und Kongresshaus in Angriff nehmen zu können.

Die Tonhalle wird einer gründlichen Renovation unterzogen. Die Nebenräume für die Musiker, die dunkel und eng sind, müssen unbedingt einem zeitgemässen Standard angepasst werden.

Das Kongresshaus wird nicht nur instand gesetzt, sondern auch umgebaut, so dass grössere Veranstaltungen für bis zu 2500 Teilnehmer durchgeführt werden können. Der Panoramasaal im ersten Obergeschoss wird abgerissen und durch ein frei zugängliches Restaurant mit Seeblick und grossflächiger Terrasse ersetzt, welches auch für die Stadtbewölkerung einen grossen Gewinn bringt.

SVP unterstützt den Vorschlag

Mit dem Umbau des Kongresshauses erstellt die Stadt Zürich bis 2018 die Infrastruktur zur Durchführung grösserer Kongresse. Da diese Kongress-

infrastruktur aus städtischer Sicht das erwartete Nachfragerpotential weitgehend abdeckt und die Stadt Zürich dafür Investitionen in Höhe von 140 Millionen Franken tätigt, kann sie keine weiteren Ausgaben für den Bau eines neuen Kongresszentrums übernehmen.

Die Stadt hat erkannt, dass für ein neues Kongresszentrum weitaus höhere Kosten entstünden und auch noch in eine internationale Konkurrenz investiert worden wäre. Die Planung dafür wird somit eingestellt.

Der Optimierungsbau ist die pragmatischste Lösung. Das Kongresshaus bleibt am See und zusammen mit einem Seerestaurant sehr attraktiv. Die weit herum bekannte Tonhalle bleibt als Kulturgut erhalten. Zu seiner Lösung und vorerst zur Aufstockung des Projektierungskredits von 11,5 Millionen Franken bietet auch die SVP Hand.

Die Weisung wurde mit 118 Stimmen überwiesen.

LESERBRIEFE

Missbrauch des Apfelbäumchens

Das wunderschöne Apfelbäumchen von economiesteuer hat es mir angetan. Es hängen immerhin kostbare Früchte im Wert von 9–10 Millionen Franken darin. Es kann sogar sprechen und flötet: «SVP-Abschottungs-Initiative: Nein!». Damit scheint mir das Bäumchen aber über das Ziel hinausgeschossen zu haben, da dieser Vorwurf nun wirklich völlig deplatziert und grotesk anmutet. Was in aller Welt hat die Absicht, die Einwanderung in unser Land wieder in die eigenen Hände zu nehmen, mit «Abschottung» zu tun? Auch die schönsten rotbackigen Äpfel können manchmal innen faul sein, und wenn ich zuschauen muss, wie unser Land von innen her immer mehr von Fäulnis zerfressen wird, dann schwant mir Böses.

Auch für unsere Ur-Eltern Adam und Eva hat ein Apfelbaum Schicksal gespielt. Daraus kroch die berühmte Schlange hervor, die unseren Adam zum Biss in die knackige, aber verbotene Frucht verleitete. Dies hatte auch für uns, seine Nachfahren, die immerwährende Verbannung aus dem Paradies zur Folge. Nichtsdestotrotz haben es unsere eidgenössischen Vorfahren über die Jahrhunderte hinweg fertiggebracht, aus einem kargen, steinigen Alpenland mit Mut, Erfindergeist und einem unbändigen Willen ein neues, kleines Paradies in Wohlstand, Unabhängigkeit und Freiheit zu erschaffen. Dieses weltweit einzigartige, wunderbare Kleinod sieht sich nun aber in akuter Gefahr, von nach höheren Weihen strebenden «Grossraumsüchtigen» ausgelöscht zu werden! Hierzu

lande möchten es elitäre, eigennützige Wirtschaftskreise auf dem Altar ihrer Geld- und Machtgier schlachten.

Eigentlich müsste es längst jedem Kinde dämmern, dass diesen machtlüsternen Internationalisten jedes Mittel recht ist, um uns an ein marodes, am finanziellen Hungertuch nagendes, sowjetähnliches Machtgebilde zu verkaufen. Ihre Verführungskünste sind ungläubwürdig und possenhaft. Die von unseren Vorfahren über die Jahrhunderte mit Blut, Schweiß und Tränen erkämpfte Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit ist diesen Weltbürgern von economiesteuer einen Pfifferling wert. Sollte unser geliebtes Land einst in einer zentralisierten EU-Oligarchie aufgehen müssen, könnten sie ja ihre Geschäfte weiterhin frischfröhlich von den USA, von Singapur oder von Dubai aus betreiben.

Bevor es soweit ist, möchte ich aber den Geist des seit einer Fernsehsendung 1992 im Bundesbriefarchiv in Schwyz legendären und leider 2005 verstorbenen Syti Domini heraufbeschwören. Seine Ländlerkapelle wurde nach dieser Sendung überall boykottiert, aber Domini hat die Abstimmung gewonnen! Seinem «Duellpartner» Adolf Ogi haben wir es schliesslich zu verdanken, dass der EWR abgelehnt wurde. Der sportliche SVP-Bundesrat verstieg sich in diesem heissen Schlagabtausch zur Behauptung, der EWR sei das Trainingslager für die EU! Danke, Domini, du bleibst unvergessen!

Robert Nieth, Walchwil

Zur Titelstory «Mass halten – ein Grundwert, der für alles gilt» von NR Adrian Amstutz.

Mit diesem Artikel hat Herr Amstutz den Nagel auf den Kopf getroffen: Genau so ist es ... masshalten in allem und jedem. Man kann nicht mehr ausgeben, als man einnimmt ... man kann nicht mehr Menschen in einem Land unterbringen, als es Platz hat und eine entsprechend aufnahmefähige Infrastruktur vorhanden ist. Wann endlich begreifen das die Linken und Grünen? Wahrscheinlich dann, wenn es zu spät ist! Eine Korrektur sei mir jedoch gestattet: Dubai ist kein Nachbarland der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), sondern ein Teil davon. Die VAE ist eine 7 Scheichtümer umfas-

sende Föderation; diese Scheichtümer sind die Emirate Abu Dhabi, Dubai, Sharjah, Fujairah, Ras al-Khaima, Ajman und Umm al-Kaiwain. Durch den weltweiten Ausbruch der Finanzkrise im 2007 gerieten die hochfliegenden Ausbaupläne des visionären Herrschers von Dubai in Schiefelage, worauf ihm vom extrem reichen Bruderemirat Abu Dhabi finanziell unter die Arme gegriffen wurde. Dies eine kleine geopolitische Korrektur. Nichts für ungut, Herr Amstutz.

Karl Bischofberger,
Küsnacht ZH



Für eine faire
Verkehrsfinanzierung
www.milchkuh-initiative.ch

Einladung zur öffentlichen Veranstaltung

Kontradiktorisches Podium

Die Auswirkungen der
Masseneinwanderung auf
die Stadt Zürich

Dienstag, 17. Dezember 2013, 20.15 Uhr
Restaurant Blue Monkey (ehem.
Königstuhl), Stüssihofstatt 3, 8001 Zürich

Nationalrat **Christoph Mörgeli** (SVP)

Nationalrat **Balthasar Glättli** (Grüne)

Stadtratskandidatin **Nina Fehr Düsel** (SVP)

Stadtratskandidat **Roland Scheck** (SVP)

Gesprächsleitung:

Michael Baumann, Redaktor Neue Zürcher Zeitung

SVP der Stadt Zürich

